

# Arbeitsplätze als Totschlagsargument



November 2021

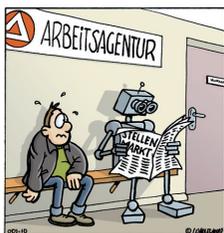
Folge 210

Die neue Bundesregierung verspricht Innovation. Dazu gehört auch der längst überfällige Ausstieg aus dem Braunkohleabbau. Die mit Kohle sehr teuer erzeugte Energie soll durch „erneuerbare“ Energie ersetzt werden.



Der letzte Wirtschaftsminister Peter Altmeier hat dafür gesorgt, dass die Energiekonzerne mit 4,35 Milliarden Euro entschädigt werden.

Für die Braunkohleregionen werden 40 Milliarden Euro an Fördergeldern gezahlt.



Sehr hoch gerechnet fallen beim Braunkohlestrom „nur“ etwa 40.000 Arbeitsplätze weg. Seit der Regierung Merkel waren es bei den erneuerbaren Energien etwa 117.000 Arbeitsplätze.

Viele rückständige Politiker versuchen jede noch so kleine Neuerung mit dem Argument „Arbeitsplätze“ zu verhindern. Man muss schon fast sagen: „Nennt ein Politiker den Begriff „Arbeitsplätze“, kann man ihm nicht mehr glauben, weil sicher etwas anderes dahintersteckt.“

In welchem Verhältnis steht es zueinander, wenn Windkraftgegner erneuerbare Energien verhindern wollen, und derweil ganze Dörfer dem Braunkohleabbau geopfert werden? Wo war der öffentliche Aufschrei, als am 9. Januar 2018 diese Kirche in Immerath abgerissen wurde?



In Deutschland müssen täglich viele Arbeitnehmer sich beruflich neu orientieren. Um große Fleischkonzerne zu schützen, werden die Auflagen für kleine Schlachthöfe und Metzgereien so hochgeschraubt, dass diese aufgeben müssen - siehe Nordhessen. Gibt es da Förderungen?



Bürgermeister der „Braunkohlegemeinden“ mussten sich keine großen Gedanken um die Finanzen machen. So geht es offensichtlich mit den Förderungen munter weiter.

Laut der Fernsehsendung Frontal 2.11.2021 werden jetzt ein Schwimmbad, ein Tierpark und ein Kulturhaus geschaffen, aber keine Arbeitsplätze.

Viele Jugendliche verschlangen, wie auch ich, in den 1970-er Jahren die Romane von Jules Verne. Wie mit der Muttermilch sogen wir den Glauben an technische Lösungen und technischen Fortschritt dabei auf.



Der Fantasie von Jules Verne schienen keine Grenzen gesetzt, wozu Dampfmaschinen genutzt werden könnten.



In Gießen fuhren in den Nachkriegsjahren die „O-Busse“. Mit ihren beiden „Hörnern“ nahmen die Elektrofahrzeuge den Strom von der Oberleitung ab. Jetzt sollen die Oberleitungen auf der A-5 für Lastautos erweitert werden. Will der „grüne“ Verkehrsminister damit noch mehr Güterverkehr von der Bahn auf die Straße verlagern?



Irgendwie muss der Strom „erzeugt“ werden und dort hinkommen, wo man ihn benötigt.

Jede technische Neuerung bringt auch neue Ansichten. Wer mit offenen Augen durch die Busecker Gemarkung geht, sieht sehr viele Masten.



Wir sind anscheinend eine „Transitregion“ für Stromtransport. Hier gab es nicht wie anderswo große Proteste, als diese Stromtrassen gebaut wurden.

Die Politik hat mit ihrer Vertragsgestaltung versagt, die digitalen Netze auszubauen. Sind diese vielen Antennen ein verzweifelter Versuch, das Desaster selbst in den Griff zu bekommen?



Der Ausbau der Elektromobilität wird mit weiteren „Totschlagsargumenten“ zerredet. „Die Stromnetze brechen zusammen, wenn jetzt jeder ein Elektroauto laden will.“



Die deutschen Autokonzerne betrogen lieber mit einer Schummelsoftware, als Innovationen zu fördern.

Wo sollen die vielen Elektroautos so schnell herkommen, die das Stromnetz überlasten? In unserer Straße ist die Kapazität vorhanden, wie mir dieser Mitarbeiter der Stadtwerke versichert.

Etliche Arbeitsplätze gehen jetzt verloren, da die CDU so viele Lobbyisten nicht mehr benötigt.